

Sehr geehrter Herr Dr. Hölzer,

angestoßen durch die bestürzenden Ereignisse von Winnenden im März 2009 hatten die Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU und SPD in einem Brief an die Familien der Opfer zugesagt zu prüfen, durch welche gesetzgeberischen Maßnahmen die Sicherheit im Zusammenhang mit legalen Schusswaffen zu erhöhen sei. Hierbei war den nachvollziehbaren Forderungen der Angehörigen der Winnenden-Opfer Rechnung zu tragen. Gleichzeitig war es wichtig, Jäger und Schützen, deren weit überwiegende Mehrheit einen verantwortungsvollen Umgang mit ihren Waffen pflegt, nicht unter einen Gesamtverdacht zu stellen und unangemessenen Belastungen oder Beschränkungen auszusetzen.

Im Vordergrund stand unser Bestreben, eine praxistaugliche Lösung herbeizuführen. Durch die Erschwerung des Zugangs Unbefugter zu Schusswaffen sowie durch verbesserte Kontrollmöglichkeiten, bei gleichzeitiger Wahrung der Verhältnismäßigkeit im Hinblick auf die Rechte von Schützen und Jägern, haben wir mehr Sicherheit geschaffen. Das Ergebnis kann von allen Betroffenen mit getragen werden.

Um bei der gesetzlichen Neuregelung eine möglichst große Lebensnähe zu gewährleisten, haben wir uns nahe am Fall von Winnenden orientiert. Hier tötete ein 17-jähriger mit einer großkalibrigen Pistole fünfzehn Menschen und sich selbst. Die Schusswaffe gehörte dem Vater des Täters, der diese als Sportschütze legal besaß, jedoch nicht in dem vorgeschriebenen Waffenschrank sondern im Nachttisch aufbewahrte. Der Täter konnte also jederzeit auf die Waffe zugreifen. Da dieser vorsätzliche und gefährliche Umgang mit Schusswaffen kein Einzelfall ist, sahen wir uns einerseits gezwungen, der Waffenbehörde die Möglichkeit einzuräumen, auch verdachtsunabhängig das Vorhandensein von etwa Waffenschränken kontrollieren zu können (§ 36 Absatz 3 Satzes 2 des WaffG neu). Die bisherige Rechtslage hatte dieses nicht vorgesehen. Nun muss der Waffenbesitzer - ähnlich einer Alkoholkontrolle im Straßenverkehr - mit einer verdachtsunabhängigen Nachschau rechnen. Allerdings wird durch den unverändert geltenden § 36 Absatz Satz 3 WaffG klargestellt, dass Wohnräume gegen den Willen des Waffenbesitzers nach wie vor nur zur Verhütung dringender Gefahren betreten werden dürfen. Jedoch kann bei wiederholter und nachhaltiger Verweigerung des Nachweises der sicheren Aufbewahrung die Behörde (gemäß des unverändert geltenden § 5a Abs.2 Nr. 5 WaffG) wegen Zweifeln an der Zuverlässigkeit des Waffenbesitzers ein Verfahren zum Widerruf der Waffenerlaubnis betreiben. Zudem wird durch eine Änderung des § 36 Absatz 3 Satz 1 WaffG zukünftig verlangt, dass bei Antragstellung für eine Waffenbesitzerlaubnis die Maßnahmen zur sicheren Aufbewahrung bei der Behörde nachgewiesen werden. Aus der "Holschuld" der Behörde wird nun eine "Bringschuld" des Antragstellers.

Andererseits wollten wir den vorsätzlichen - nicht den fahrlässigen - Verstoß gegen die Aufbewahrungsvorschriften unter Strafe stellen. Verstöße gegen die Aufbewahrungsvorschriften waren bisher lediglich bußgeldbewehrt. Mit der Einführung des neuen § 52 a WaffG und der damit einhergehenden Strafbewehrung wird zum Ausdruck gebracht, dass die vorsätzliche Verletzung der Aufbewahrungsvorschriften mit der dadurch hinzutretenden konkreten Gefahr des Abhandenkommens bzw. des Zugriffs Dritter kein Kavaliersdelikt darstellt. Hiervon ausgenommen sind jedoch Spezialfälle wie beispielsweise die vorübergehende Aufbewahrung auf dem Transport oder im Umfeld einer Jagd, um Waffenbesitzer unter diesen besonderen Umständen nicht zu kriminalisieren.

Weiterhin soll die Waffenbehörde durch die Änderung von §4 Abs. 4 Satz 3 WaffG künftig nicht nur wie bisher nach Ablauf von 3 Jahren nach Erteilung der ersten waffenrechtlichen

Erlaubnis, sondern auch nach Ablauf dieses Zeitraums das Fortbestehen des waffenrechtlichen Bedürfnisses von Waffenbesitzern überprüfen können. So soll festgestellt werden, ob etwa ein Schütze noch aktiv und sein Bedürfnis noch gegeben ist. Bei Sportschützen verlangt eine Erweiterung der bisher zugebilligten Grundausrüstung mit Sportwaffen, durch eine Ergänzung des § 14 Abs. 3 WaffG, künftig eine regelmäßige Wettkampfteilnahme. Durch eine Änderung des § 27 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 WaffG wird das Mindestalter für das Schießen mit großkalibrigen Waffen grundsätzlich von 14 auf 18 heraufgesetzt. Damit soll erreicht werden, dass diese Altersgruppe zwar mit Kleinkaliberwaffen für Wettkämpfe üben kann, der Umgang mit den besonders gefährlichen Großkaliberwaffen aber verwehrt bleibt.

In der neuen Fassung des § 36 Abs. 5 WaffG wird das Bundesinnenministerium ermächtigt, künftig neue Anforderungen an die Aufbewahrung von Waffen und Munition durch Rechtsverordnung zu regeln. Hierin sollen biometrische Sicherungen von sowohl Waffenschränken als auch von Schusswaffen nach dem Stand der Technik zu einem späteren Zeitpunkt geregelt werden. Solche Sicherungen müssen ausgereift und für den Waffenbesitzer bezahlbar sein. Durch § 43a WaffG wird bis 2012 ein elektronisches nationales Waffenregister eingeführt und so die Transparenz der im Umlauf befindlichen legalen Waffen erhöht. Weiterhin soll die Meldebehörde zukünftig an die Waffenbehörde Namensänderungen, Umzug oder Tod melden.

Durch eine befristete Amnestieregelung schließlich, sollen Besitzer illegaler Waffen diese bis Ende 2009 straffrei abgeben können.

Im Zusammenhang mit Winnenden hat uns weiterhin die Frage nach "Spielen" wie Laserdrome oder Paintball/Gotcha beschäftigt, die das Verletzen oder Töten von Menschen realitätsnah simulieren. Wir halten dieses für besorgniserregend, wenn auch nicht für zwangsläufig verbotswürdig. Die CDU/CSU-Fraktion spricht sich für eine wissenschaftliche Prüfung der Gefährlichkeit dieser Spiele aus.

Bereits vor diesen Änderungen besaß Deutschland eines der strengsten Waffengesetze weltweit. Durch die jetzigen Anpassungen haben wir auf aktuelle Entwicklungen reagiert und so die öffentliche Sicherheit weiter verbessert. Wir haben hierbei auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Sicherheitsbedürfnis und den Interessen von Schützen und Jägern geachtet. Trotzdem sollte uns allen bewusst sein, dass Vorkommnisse, wie das in Winnenden, auch durch noch so perfekte Gesetze nicht völlig ausgeschlossen werden können. Auch in Zukunft kommt es in erster Linie auf das Verantwortungsbewusstsein jedes einzelnen Waffenbesitzers an.

Mit freundlichen Grüßen

Axel E. Fischer

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: briefkasten@dbt-internet.de [mailto:briefkasten@dbt-internet.de]

Gesendet: Donnerstag, 30. April 2009 19:40

An: Fischer Axel

Betreff: Waffenrechtsverschärfung

An: Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land), CDU/CSU

Betreff: Waffenrechtsverschärfung

Antwort:

Sehr geehrter Herr Fischer, vielen Dank für Ihre persönliche Antwort zum Waffenrecht. Die Problematik mit dem Begehungsrecht zur Privatwohnung ist ja nun oft genug diskutiert worden. Es kann nicht sein, dass Legalwaffenbesitzer schlechter gestellt werden als Kriminelle! Daher ist es für mich absolut nicht akzeptabel, dass ich unangemeldet Besuch einlassen muß. Gegebenenfalls werde ich bis vor das Bundesverfassungsgericht ziehen, falls ich mich ungerecht behandelt fühle. Ich bin juristisch nicht ungebildet und bin schon gespannt, wie der erste Prozess ausgehen wird.

Es gibt in dem Bundeskabinettsbeschuß aber noch weitere unzumutbare und ungerechtfertigte Erschwernisse für Sportschützen:

1. Gesetz dem Fall ich muß aus gesundheitlichen, geschäftlichen oder familiären Gründen vorübergehend meine schießsportliche Tätigkeit einstellen. Die Behörde hätte nach dem Kabinettsbeschuß doch das Recht die Waffen einzuziehen. Finden Sie diese Regelung rechtens???????

2. Ein Schützenkollege von mir ist weit über 70 Jahre und aus Altersgründen nicht mehr in der Lage den Schießsport auszuüben. Die Behörde hätte nach dem Kabinettsbeschuß doch das Recht die Waffen einzuziehen. Finden Sie diese Regelung rechtens????????? Wenn dieser Schützenkollege seine Waffen weitervererben wollte, müßte er also Selbstmord begehen, denn sonst werden seine Waffen auf Grund der Nichtausübung des Schießsportes aus Altersgründen noch vor seinem Ableben eingezogen bzw. er müßte sie verkaufen.

Ich finde, daß die Neuregelung der Behörde Wege öffnet ungerechtfertigterweise Waffen aus der gesetzestreuen Bevölkerung zu ziehen. In einem Rechts- und Sozialstaat darf so etwas nicht passieren. Es kann nicht sein, daß ich als mehrfacher deutscher Meister, wenn ich zu alt werde den Schießsport oder die Jagd auszuüben meine Waffen abgeben muß.

Amüsanterweise habe ich vor Jahrzehnten mein Studium verschoben, um meiner Wehrpflicht auf Wunsch einer CDU-Regierung freiwillig nachzukommen. Ich habe eine Panzerhaubitze kommandiert, während den Semesterferien Wehrübungen abgeleistet und damit mein Studium finanziert (ich gehöre noch zu denen, die arbeiten mussten, um studieren zu können). Ich bin bis zum Hauptfeldwebel aufgestiegen und an den meisten Waffensystemen der Bundeswehr ausgebildet worden. Nun bin ich, wenn ich den Schießsport vorübergehend oder aus Altersgründen nicht mehr ausübe, nicht mehr zuverlässig genug eine Sportwaffe weiterhin zu besitzen. Das ist eine Schande!!!

Bitte antworten Sie mir nicht, daß die Behörden so sozial sind und solche Aktionen nicht durchführen werden. Ein Freund von mir war 35 Jahre als Maschinenschlosser tätig. Nachdem die Firma, in der er arbeitete, Insolvenz angemeldet hat, und er unverschuldet arbeitslos wurde mußte er, weil seine Wohnung zu groß war, ausziehen!
Das nennt sich Rechts- und Sozialstaat!

Ich denke schon die Europawahl hat der CDU gezeigt, wie gut ihre Politik ankommt. Ich denke, dass bei der Bundestagswahl noch viel mehr Schützen die Seite wechseln und die FDP wählen werden. Ich denke den Eltern der Opfer von Winnenden wäre mehr geholfen, wenn wir an Schulen Pädagogen und Psychologen hätten, die Gewalt, Ausgrenzung und Mobbing gegen andere Schüler verhindern und bestrafen und für entsprechende Maßnahmen auch Rückendeckung hätten.

Mit freundlichen Grüßen,